

**Neukonzeptionierung der Politischen Bildung -
Bericht über die Jahre 2015 und 2016**

Konzept Politische Bildung

Antrag Nr. 14-20 / A 03592 von Frau StRin Beatrix Burkhardt
vom 14.11.2017, eingegangen am 14.11.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V10175

11 Anlagen

Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 04.07.2018 (SB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

Seite

| | |
|--|-----------|
| I. Vortrag der Referentin | 2 |
| 1. Umsetzung des Konzepts zur politischen Bildung..... | 2 |
| 1.1 Entwicklung der Nutzerzahlen und der jeweiligen Zielgruppen..... | 2 |
| 1.2 Einbeziehung externer Partner im Bereich der außerschulischen Bildung..... | 3 |
| 1.3 Angebotsstruktur und Nutzung durch unterschiedliche Schularten..... | 3 |
| 1.4 Einbeziehung der Lehrkräfte in die Angebotsmodule..... | 4 |
| 1.5 Örtlichkeiten der jeweiligen Angebote..... | 4 |
| 2. Umgang mit der veränderten politischen Landschaft..... | 4 |
| 2.1 Schwerpunktsetzungen von 2012 höchst aktuell..... | 4 |
| 2.2 Politische Bildung als Dimension von Schulkultur und Schulentwicklung..... | 5 |
| 2.3 Zusammenarbeit mit internen und externen Partnern..... | 7 |
| 2.3.1 Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie (FgR)..... | 7 |
| 2.3.2 Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk Demokratische Bildung“ | 7 |
| 2.3.3 Künftiges Vorgehen/ Weiterentwicklung..... | 8 |
| 3. Fazit..... | 9 |
| II. Antrag der Referentin | 9 |
| III. Beschluss | 10 |

Neukonzeptionierung der Politischen Bildung - Bericht über die Jahre 2015 und 2016

Konzept Politische Bildung

Antrag Nr. 14-20 / A 03592 von Frau StRin Beatrix Burkhardt
vom 14.11.2017, eingegangen am 14.11.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V10175

11 Anlagen

Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 04.07.2018 (SB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Frau Stadträtin Beatrix Burkhardt hat am 14.11.2017 den als Anlage 1 beigefügten Antrag „Konzept Politische Bildung“ gestellt. Darin wird die Verwaltung in Anknüpfung an den Stadtratsbeschluss vom 30.01.2013 beauftragt, über die Umsetzung des Konzepts Politische Bildung genauere Ergebnisse vorzulegen. Zudem soll dargestellt werden, „mit welchen Angeboten das Konzept in Hinsicht auf die veränderte politische Landschaft reagiert.“

1. Umsetzung des Konzepts zur politischen Bildung

Der Bericht über die Umsetzung des neuen Konzepts zur Politischen Bildung in den Jahren 2015 und 2016 lag bereits im Herbst 2017 vor. Im Januar 2018 sollte er in Form einer Bekanntgabe in den Bildungsausschuss des Stadtrates eingebracht werden. In Folge des zeitgleichen Eingangs des Antrages von Frau Stadträtin Beatrix Burkhardt wird der Tätigkeitsbericht nun als Anlage zur vorliegenden Beschlussvorlage bekannt gemacht.

Der Tätigkeitsbericht zu den Jahren 2015 und 2016 (Anlage A) zusammen mit den Anlagen (Anlagen B1 - B7) geht auf die unter I. genannten Schwerpunkte des Antrags umfassend ein. Im Folgenden wird deshalb jeweils auf die entsprechenden Passagen des Tätigkeitsberichts sowie auf die betreffenden Anlagen verwiesen.

1.1 Entwicklung der Nutzerzahlen und der jeweiligen Zielgruppen

Da dem Pädagogischen Institut (PI) infolge des Beschlusses „Neukonzeptionierung der Politischen Bildung“ des Ausschusses für Bildung und Sport vom 30.01.2013 (Nr. 08-14/V10981) die Zuständigkeit für Veranstaltungen mit der Zielgruppe Schülerinnen und Schüler sowie die damit verbundenen Aufgaben neu zugewachsen sind, stehen diese im Tätigkeitsbericht im Fokus (siehe Anlage A: Tätigkeitsbericht ab Punkt 2.2: Seite 7ff.).

Die Entwicklung der Zahlen wird in Anlage B2 und im Tätigkeitsbericht (Anlage A: Punkt 3.2.2 und 3.2.3 S. 12-14) dargestellt.

Nach Auflösung der Studienstätte für Politik und Zeitgeschehen e.V. im Sommer 2014 war das PI ab den Kalenderjahren 2015 und 2016 eigenverantwortlich für das Programm für Schülerinnen und Schüler zuständig (siehe Tätigkeitsbericht in Anlage A: Punkt 1 und 2.2).¹

Im Beschluss „Neukonzeptionierung der Politischen Bildung“ des Ausschusses für Bildung und Sport vom 30.01.2013, Nr. 08-14/V10981 wurden für das Programm für Schülerinnen und Schüler im neuen Kompetenzzentrum Politische Bildung pro Jahr ca. 165 Veranstaltungen mit bis zu 5000 Teilnehmenden prognostiziert (zusätzlich zum Programm für Lehr- und Erziehungskräfte) und 25 Seminare für Schülerinnen und Schüler in Schullandheimen/Tagungshäusern und 140 Veranstaltungen in der Schule (z.B. Workshops/Projekttag) oder Exkursionen in München anvisiert.

Tatsächlich realisierte der Fachbereich Politische Bildung des Pädagogischen Instituts im ersten eigenverantwortlichen Jahr, 2015, 162 ein- und mehrtägige Workshops, Seminare und Studienfahrten mit 4455 Schülerinnen und Schülern (incl. Studienfahrten). Im Jahr 2016 waren es bereits 193 Veranstaltungen mit insgesamt 6604 Schülerinnen und Schülern.

Zusätzlich wurden in den beiden Jahren 54 SMV-Fahrten bezuschusst, an denen weitere ca. 3509 Schülerinnen und Schüler teilnahmen; außerdem 83 Fahrten von Schulen zur KZ-Gedenkstätte Dachau (mit ca. 4221 Schülerinnen und Schülern) sowie 7 Begegnungen in Synagogen und Moscheen (mit ca. 410 Schülerinnen und Schülern).

1.2 Einbeziehung externer Partner im Bereich der außerschulischen Bildung

Einen Überblick über die Vernetzung und Zusammenarbeit des PI-Fachbereichs Politische Bildung mit innerstädtischen und externen Partnern (incl. Einbezug externer Referentinnen und Referenten) gibt Anlage B6. Siehe dazu auch den Tätigkeitsbericht (Anlage A Punkte 2.3, 2.4 und 3.2.6, S. 8 f. und S. 20 f.). Unter Punkt 2.3 der Vorlage werden zudem aktuelle Kooperationen dargestellt.

1.3 Angebotsstruktur und Nutzung durch unterschiedliche Schularten

Die Angebotsstruktur wird in Anlage B1 sowie im Tätigkeitsbericht (Anlage A, Punkt 3.1) genauer dargestellt.

Die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen nach Themenfeldern wird in Anlage B3 (Beispiele dazu im Tätigkeitsbericht Anlage A, Punkt 3.2.2: S.12-14) dargelegt.

Die Nutzung des Angebots durch unterschiedliche Schularten wird in Anlage B4 und im Tätigkeitsbericht (Anlage A Punkt 3.2.2 und 3.2.3) aufgezeigt.

¹ Die Veranstaltungen der Studienstätte erreichten z.B. im Jahr 2011 ca. 2000 Schülerinnen und Schüler: 1650 mit Veranstaltungen in Schullandheimen; 340 auf Fahrten nach Berlin und in die östlichen Bundesländer; 2012 waren die Zahlen der Studienstätte niedriger. Im Schuljahr 2013/14 erhielt die Studienstätte ihr Angebot in Zusammenarbeit mit dem PI noch weitgehend aufrecht, bereitete aber gleichzeitig ihre Auflösung vor (Beschluss der Mitgliederversammlung vom 2. Februar 2014, Auflösung zum 31.08.2014).

1.4 Einbeziehung der Lehrkräfte in die Angebotsmodule

Die Lehrkräfte werden aktiv einbezogen bei der Auftrags-/Anliegensklärung sowie Konzepterstellung jeweils passgenauer Veranstaltungen für ihre Schulklassen bzw. Gruppen von Schülerinnen/ Schülern. Sie begleiten die Durchführung der Veranstaltungen und haben eine wichtige Rolle bei deren Evaluation.

Die Lehrkräfte stehen sowohl mit dem Team des PI / Fachbereich 4 / Politische Bildung (FB4) als auch – zu einem späteren Zeitpunkt der Vorbereitung – mit den Referierenden in intensivem Kontakt.

Eine Verdeutlichung bietet das Ablaufdiagramm in Anlage B5 sowie der Tätigkeitsbericht (Anlage A; u.a. S. 12 und S. 19).

1.5 Örtlichkeiten der jeweiligen Angebote

Zu den Formaten und Örtlichkeiten der Angebote bieten die Anlage B2 und der Tätigkeitsbericht (Anlage A; v.a. Punkt 3.2.2: S. 12-14 und Ende von 3.2.5: S. 19) eine Übersicht.

In den Jahren 2015 und 2016 fanden insgesamt 78 mehrtägige Seminare statt. Von 39 Fahrten, die 2015 realisiert wurden, konnten 18 in Schullandheimen der Landeshauptstadt München, 18 in Jugendherbergen und drei in weiteren Tagungshäusern durchgeführt werden.

Im Jahr 2016 führten von insgesamt 37 Fahrten 30 in städtische Schullandheime und sieben in Jugendherbergen im oberbayerischen Umland.

2. Umgang mit der veränderten politischen Landschaft

Bereits 2012, im Entstehungsjahr des PI-Konzepts, wurden viele inzwischen höchst aktuell gewordene politische Themen vorausschauend in den Fokus gerückt:

„Heute stellen neben den gesellschaftspolitisch aktuellen Themen Migration, Integration/Inklusion, Rechtsextremismus, Fundamentalismus und Gewalt vor allem Fragen nachhaltiger Entwicklung und die unter dem Stichwort 'Globalisierung' behandelten Phänomene (z.B. im Bereich der Wirtschaft und der Medien) besondere Herausforderungen dar. Insbesondere aus der zunehmenden Verflechtung von Handlungsbezügen – über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus im europäischen und globalen Kontext – erwachsen neue Aufgaben für die politische Bildungsarbeit. [...]“ (Beschluss vom 30.1.2013, S. 14/15).

2.1 Schwerpunktsetzungen von 2012 höchst aktuell

Diese Einschätzungen und die Bedeutung der entsprechenden thematischen Schwerpunktsetzungen der Politischen Bildung am PI bestätigen sich täglich angesichts der aktuellen Entwicklungen. Zu nennen sind hier vor allem das rasante Erstarken rechtspopulistischer bzw. extremistischer Positionen und die hiervon ausgehenden Gefahren, die immer komplexere, z.T. bedrohliche Rolle neuer Medien im Kontext politischer Meinungsbildung und die fatalen Folgen des Klimawandels für immer mehr Menschen.

Auch das gerade erschienene „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“ des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (KMBek vom 12. September 2017) benennt entsprechend als

aktuelle politische und gesellschaftliche Handlungsfelder die (neuen) Fundamentalismen und Extremismus, die Herausforderungen der Europäischen Union, Klimawandel, weltweite Migrationsbewegungen, ökonomische und kulturelle Globalisierung und die Chancen und Gefahren der neuen Medien bzw. Digitalisierung.²

Die genannten Themenfelder bilden bei den Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler (incl. Projekt SOR-SMC), im Programm für Lehrkräfte und auch in den weiteren Angeboten des PI-Fachbereichs Politische Bildung besondere Schwerpunkte.

Häufig angefragte Themen im FB4 insgesamt sind Rechtspopulismus/ Rechtsextremismus, Islam, kritischer Umgang mit Medien/ Medienkompetenz, Klimawandel, Rassismus/ Diskriminierung, Europa, Migration und Flucht, die in entsprechenden Veranstaltungen aufgegriffen und bearbeitet werden. Bei allen Veranstaltungen spielen zudem Menschenrechte und Demokratie (explizit oder implizit) eine wichtige Rolle.

Die Zuständigkeit des PI-FB4 für Bildungsangebote sowohl für Lehrkräfte als auch für Schülerinnen und Schüler, in Kombination mit den weiteren Zuständigkeiten und Angeboten des Fachbereichs („Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, Mosaik-Jugendpreis, Ausstellungen, SMV-Zuschüsse, Gedenkstättenbesuche etc.), eröffnet Schulen die Chance, Themenfelder wie z.B. „Flucht und Migration“ umfassend und nachhaltig bearbeiten zu können. Sowohl Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schüler und ganze Schulen können so, gleichzeitig oder in geplanter Abfolge, über verschiedene Kanäle erreicht werden.³

2.2 Politische Bildung als Dimension von Schulkultur und Schulentwicklung

Die Workshops und Seminare im Programm für Schülerinnen und Schüler des PI-FB4 sind Bausteine, die sich mit den anderen Veranstaltungs- und Unterstützungsangeboten des PI zu einem mehrdimensionalen Konzept bei der Gestaltung des Schulklimas und zur Schärfung des Schulprofils verbinden lassen. Politische Bildung für Schülerinnen und Schüler wird nicht punktuell zum sonstigen Schulleben addiert, sondern in Verbindung mit Personal- und Unterrichtsentwicklung in ein stimmiges Konzept umfassender Schulentwicklung integriert, an dem sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte und Eltern aktiv partizipieren. Die Unterstützungsangebote des PI-FB4 bieten den Schulen dazu bundesweit einzigartige Möglichkeiten.

In dem Zusammenhang sind unter anderem folgende Angebote des PI-Fachbereichs Politische Bildung zu nennen: Die für Lehrkräfte angebotene umfassende Zusatzqualifikation „Schule der Vielfalt: Interkulturalität, Diversität, Antidiskriminierung“ unterstützt Lehrkräfte und Schulen dabei, verschiedenen Arten von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, professionell entgegenzuwirken und die (nicht nur) migrationsbedingte Heterogenität und Vielfalt an den Schulen als Chance zu sehen, schulische Praxis entsprechend zu gestalten. Fachtage am PI, wie die zu „Jugend - Islamismus - antimuslimischer Rassismus“ am 04.04.2016, „Energie und Klima“ am 04.04.2017 und „Globalisierung und Schule: Fachtage zum Thema

² Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen (2017), KMBek vom 12. September 2017. Hg. Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Seite 8-9. (https://www.isb.bayern.de/download/19994/isb_gesamtkonzept_pb_interaktiv.pdf, zuletzt aufgerufen 11.1.18)

³ Einen Überblick über das gesamte Aufgabenfeld des Fachbereichs Politische Bildung gibt der Tätigkeitsbericht (Anlage A: Punkt 2: S. 4–9).

Flucht“ am 05.12.2017, bieten Lehrkräften die Möglichkeit, sich umfassend und auf dem neuesten fachwissenschaftlichen Stand mit Inhalten und Methoden bestimmter Schwerpunktthemen auseinanderzusetzen. Dazu kommen ein- und mehrtägige Fortbildungen zu Themen wie „Antidiskriminierung“, „Alltagsrassismus“, „Migration“, „Flucht“, „Islam“, „Demokratie lernen“, „Menschenrechte“, „Antisemitismus, zu Themen des Globalen Lernens und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der „MOSAIK Jugendpreis – mit Vielfalt gegen Rassismus“ der Städte München und Nürnberg zum Gedenken an die Opfer des sog. „NSU“ bietet dazu weitere gute Anknüpfungspunkte⁴, ebenso das bundesweite Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dessen Regionalkoordination am Pädagogischen Institut angesiedelt ist. Einschlägige Ausstellungen am Pädagogischen Institut mit Begleitprogramm und Zuschüsse des PI zu mehrtägigen SMV-Fahrten sowie für Fahrten zu Gedenkstätten und Besuche von Synagogen und Moscheen bieten weitere sinnvolle Anknüpfungsmöglichkeiten bei der Entwicklung ganzheitlicher Konzepte der Politischen Bildung an Schulen.

Inzwischen verpflichtet das bereits erwähnte „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“ (KMBek vom 12. September 2017), das „die gleiche Verbindlichkeit wie die geltenden Lehrpläne“ hat, „[als] Leitlinie zur Vermittlung Politischer Bildung an allen Schulen [...] sowohl die Schulleitungen als auch die Lehrkräfte aller Fächer und Schularten in Bayern, ihre dementsprechende Verantwortung wahrzunehmen“ (S. 8).

Die KMBek sieht Politische Bildung als verbindliches Unterrichtsprinzip, das für alle Fächer und fächerübergreifend relevant ist und weist auf die Bedeutung politischer Bildung auch als verpflichtendes Element in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften hin. Als bedeutsam für die Politische Bildung an Schulen werden unter anderem außerschulische Lernorte, die Zusammenarbeit mit externen Partnern, die Teilnahme an Schülerwettbewerben und Partizipationsmöglichkeiten im unmittelbaren Erfahrungsraum Schule aufgeführt. Politische Bildung wird zudem als wichtiges Element von Schul- und Qualitätsentwicklung benannt.

Zu all den hier genannten Punkten bietet das PI-FB4 an den Münchner Schulen schon seit Jahren hervorragende Unterstützungsangebote, die es möglich machen, Politische Bildung als Dimension der Schulkultur und Schulentwicklung zu verankern.

Eine Beispiel dafür, wie eine Schule diese Angebote zur Profilierung der Schule auf verschiedenen Ebenen nutzbar machen kann, ist das Städt. Willi-Graf-Gymnasium (siehe Anlage B7 und Tätigkeitsbericht: Anlage A, Punkt 5.4, S. 26 ff.). Dort wurden im Schuljahr 2015/16 verschiedene Maßnahmen zur Politischen Bildung entwickelt – vielfach mit Unterstützung durch das Pädagogische Institut, die nicht additiv nebeneinander stehen, sondern durch ein gemeinsames Leitziel sinnvoll aufeinander bezogen sind.

2.3 Zusammenarbeit mit internen und externen Partnern

Wie oben bereits erwähnt, ist das PI-FB4 im Rahmen seiner Aufgaben und Angebote zur Politischen Bildung stadtweit, regional, aber auch bundesweit und international gut vernetzt. Mit einer Vielzahl von innerstädtischen und externen Partnern wird zielgerichtet zusammen gearbeitet (siehe Anlage 6 sowie Tätigkeitsbericht, u.a. S. 8 f. und S. 20 f.).

⁴ Siehe www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Wohnungsamt/Interkult/mosaik_jugendpreis.html .

Von der Vielzahl der Kooperationen sollen nachfolgend exemplarisch zwei dargestellt werden. Bei der künftigen Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Politischen Bildung werden die Kooperationsbeziehungen eine entscheidende Rolle spielen.

2.3.1 Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie (FgR)

Mit der Fachstelle für Demokratie (FgR) fanden in den letzten Jahren regelmäßig Treffen im Rahmen des „Netzwerks Demokratische Bildung“ und nach Bedarf bilaterale Gespräche statt. Dabei ging es um gegenseitige Information über aktuelle Entwicklungen, anstehende Veranstaltungen sowie weitergehende Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Die FgR unterstützte die vom PI organisierten Vernetzungstage der „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ (SOR-SMC) im Feierwerk im März jedes Jahres finanziell und wirkte als einer der Kooperationspartner mit.

Zudem wurde das PI-FB4 von der FgR bei der Entwicklung der Handlungsstrategie der Landeshauptstadt München gegen Rechtsextremismus und Rassismus punktuell einbezogen. Unter anderem lieferte PI-FB4 einen Überblick über die vielfältigen Angebote in diesem Themenfeld.

2.3.2 Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk Demokratische Bildung“

Die Zusammenarbeit des PI-Fachbereichs Politische Bildung mit dem Netzwerk Demokratische Bildung, angesiedelt bei der AG Friedenspädagogik e.V. (AGFP), war in den Jahren 2015 und 2016 wie in den Jahren davor sehr konstruktiv.

Das PI nahm regelmäßig an den Treffen des Netzwerks Demokratische Bildung teil (Austausch zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kontext Bildungsarbeit).

Auch unabhängig von den Netzwerktreffen arbeiteten die Einrichtungen und Organisationen, die Teil des Netzwerks Demokratische Bildung sind, vielfach mit dem PI-FB4 zusammen. Beispiele:

- Kulturreferat: Veranstaltungen zur Ausstellung „Homestory Deutschland“ mit den Kammerspielen; Veranstaltungsbeiträge des PI und Begleitprogramm für Schulklassen zur Ausstellung „Decolonize München“ im Stadtmuseum
- Stadtjugendamt/Jugendkulturwerk: Das Jugendkulturwerk beteiligte sich u.a. bei Veranstaltungen zu „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (Vernetzungstage im Feierwerk / Fortbildungen)
- Fachinformationsstelle FIRM: FIRM wirkte an einzelnen Fortbildungen des PI mit - im Kontext „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und auch darüber hinaus.

Intensiv arbeitete PI-FB4 insbesondere mit dem Bildungskollektiv der „Pastinaken“ zusammen, das bei der AG Friedenspädagogik e.V. (AGFP) angesiedelt ist:

2015 und 2016 fragte PI-FB4 im Kontext von Veranstaltungen für das PI-Programm für Schülerinnen und Schüler mehrfach bei den Pastinaken um Mitwirkung als Referentinnen und Referenten für Workshops an Schulen und in Schullandheimen an und führte Veranstaltungen mit ihnen durch.

Mit einer oder einzelnen Personen des jungen Teams hatte das PI bereits zuvor vielfach in anderen Kontexten (z.B. Commit e.V. und Nord Süd Forum) zusammengearbeitet. Zu Fortbildungen des PI, etwa zu Themen der Antidiskriminierungspädagogik (Anti Bias) lieferten die Teammitglieder immer wieder wichtige Impulse und Beiträge.

2.3.3 Künftiges Vorgehen/ Weiterentwicklung

Im Jahr 2017 fanden zwischen dem Referat für Bildung und Sport (PI-FB 4, Schulpsychologischer Dienst), dem Sozialreferat und der Fachstelle für Demokratie Gespräche zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit statt. Ziel war eine verbesserte Abstimmung zwischen den Referaten sowohl bezüglich Interventionen im Bereich Radikalisierung als auch im Bereich Fortbildung.

Bezüglich Verdachtsfällen auf Radikalisierung wurde der ZSPD als referatsinterne Anlaufstelle festgelegt, damit eine Bündelung stattfinden kann.

Im Bereich der Fortbildungen wurde vereinbart, dass eine zentrale Koordination im RBS die erfolgten Leistungen im Bereich der politischen Bildung bündelt und so den fachlichen Austausch befördert.

Es wurde vereinbart, dass die Angebote der verschiedenen Akteure - ihren Stärken entsprechend - ergänzend parallel durchgeführt werden. Mittelfristig soll eine noch engere Verzahnung der Angebote erreicht werden. Grundlage hierfür soll eine Abfrage des RBS an Schulen sein, die in Erfahrung bringt, welche Veranstaltungen zum Thema politische Bildung bereits stattfinden und welche künftig benötigt werden.

So sollen ad-hoc Interventionen durch das Stadtjugendamt und deren Beauftragte geleistet werden, während Workshops mit zeitlichem Vorlauf vom PI angeboten werden. Da sich die Angebote der Akteure ergänzen und die jeweiligen Stärken der Handelnden genutzt werden, kann das Angebot insgesamt verbessert werden.

3. Fazit

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen und des großen Bedarfs an politischer Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich ist es dringend geboten, eine gute Zusammenarbeit und Vernetzung aller relevanten Akteure zu erreichen. Im Sinne einer menschenrechtsbasierten Demokratiebildung und einer erfolgreichen Arbeit gegen Rassismus und alle Formen von Diskriminierung bzw. gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gilt es die Kräfte zu bündeln. Zwingende Voraussetzung hierfür sind eine offene und vertrauensvolle Kommunikation sowie eine gute Vernetzung der Akteure miteinander. Diese Kooperation und die Nutzung der jeweiligen Stärken der Akteure sichert eine vielseitige und qualitätvolle Arbeit.

Die Beschlussvorlage ist mit der Fachstelle für Demokratie und mit der Gleichstellungsstelle für Frauen abgestimmt. Die Fragen der Gleichstellungsstelle für Frauen (Anlage 2 a) wurden in Anlage 2 b beantwortet.

Der Korreferentin des Referates für Bildung und Sport, Frau Stadträtin Neff, und dem zuständigen Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Utz, wurde ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet.

II. Antrag der Referentin

1. Der Bildungsausschuss nimmt die Darstellung zu den im Antrag aufgeworfenen

Fragen zur Kenntnis.

2. Der Bildungsausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zur Neukonzeptionierung der Politischen Bildung über die Jahre 2015 und 2016 zur Kenntnis.

3. Hiermit ist der Antrag Nr. 14-20 / A 03592 von Frau StRin Beatrix Burkhardt vom 14.11.2017 geschäftsordnungsgemäß behandelt.

4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
3. Bürgermeisterin

Beatrix Zurek
Stadtschulrätin

IV. Abdruck von I. mit III.

über D – II/V-SP (2X)

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z. K.

V. Wv. im RBS-PI

zur weiteren Veranlassung.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An die Fachstelle für Demokratie
an die Gleichstellungsstelle für Frauen
an das Sozialreferat
an RBS-A
an RBS-B
zur Kenntnis.

Am _____
